

Grünes Licht für Bundeswehr

Afghanistan-Einsatz: Bundestag verlängert Mandate / CDU-Abgeordneter Kolbe stimmt mit Enthaltung

Von KENDRA REINHARDT

Berlin. An dem Tag, an dem 580 Abgeordnete darüber entscheiden, ob sie 3500 Soldaten weiterhin nach Afghanistan entsenden wollen, ist der Plenarsaal nur halb gefüllt. Es sitzen mehr Staatssekretäre als Bundesminister auf der Regierungsbank. Auch der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhan ist da.

Der Einsatz „ist nicht nur ein Akt der Solidarität, es geht auch um unsere eigene Freiheit“, meint FDP-Chef Guido Westerwelle. Wenn die Truppen abziehen, wird „Kabul wieder zur Hauptstadt der Terroristen der Welt“, warnt Eckardt von Klaeden (CDU). Wie um seine Unterstützung zu zeigen, klopft Ex-Verteidigungs-

minister Struck (SPD) Angela Merkel auf den Arm.

Die Zerrissenheit der Grünen in der Afghanistanfrage hat sich bereits auf ihrem Sonderparteitag gezeigt. Grünen-Chefin Renate Künast bewältigt den Spagat so: „Wir sind als Fraktion mehrheitlich davon überzeugt, dass eine weitere Isaf-Beteiligung Deutschlands nötig ist.“ Und schränkt ein: „Wir können bei der Abstimmung inklusive der Tornados nicht einfach so Prokura geben.“ 28 Abgeordnete der Grünen enthalten sich später.

„Es ist nicht links, zu sagen, es darf keine militärischen Aktionen geben“, wirbt Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) eindringlich um Unterstützung für den Regierungskurs. Dafür erntet sie ein Nicken von

Franz Josef Jung (CDU). Der Bundesverteidigungsminister, der während der Debatte schweigt, würdigt die Zustimmung des Bundestags später gegenüber dem Sender Phoenix als „Vertrauensbeweis“ für die Soldaten.

Der Bitte der Regierung, den Einsatz abzunicken, verweigert sich der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Kolbe. Er kann nicht verantworten, „deutsche Soldaten in einen lebensgefährlichen Einsatz zu schicken“. „Ein realistisches Konzept des Westens für Afghanistan vermag ich derzeit nicht zu erkennen“, begründet er seine Enthaltung.

Zwanzig Minuten vor der Abstimmung steigt der Geräuschpegel. Gert Weisskirchen (SPD) appelliert stimmungsgewaltig: „Stimmen Sie mit Ja!“ Dann bricht ein Tumult aus. Abgeordnete der Linkspartei

stehen auf und zeigen Schilder mit Umfrageergebnissen zum Tornado-Einsatz: „77 Prozent sagen Nein – wir auch!“

Hans-Christian Ströbele (Grüne) darf sich noch äußern. Er beschreibt die dramatische Verschlechterung der Lage in Afghanistan. „Und Sie halten die Reden von damals“, unterstellt er.

Dann sind die Wahlurnen gefüllt. Wie später bekannt wird, befürworten 453 Abgeordnete auf den Wahlzetteln den Einsatz. 79 stimmen dagegen. 48 enthalten sich. Franz Müntefering (SPD) schnauft heftig vor Erleichterung. Angela Merkel (CDU) unterhält sich lächelnd und scheint schon beim nächsten Thema zu sein. Wolfgang Schäuble (CDU) und Franz Josef Jung tauschen sich noch aus. Und 3500 Soldaten bleiben am Hindukusch stationiert.

DREI FRAGEN AN ...

... Konrad Freiberg, Vorsitzender GdP

Die Polizei in Afghanistan gilt als korrupt und überfordert. Hilft Berlin zu wenig?

Die internationale Gemeinschaft tut insgesamt zu wenig. Polizisten sind nicht der Rettungsanker in einem Guerillakrieg. Erst wenn die Lage militärisch befriedet ist, kann ein Staatsaufbau stattfinden mit Justiz und Polizei. Wenn nur Leute gesucht werden, die gut zielen können, ist die Polizei der falsche Ansprechpartner. Die deutsche Polizei hat in Afghanistan große Ausbildungsanstrengungen unternommen. Um ihre Familien überhaupt ernähren zu können, treten sie dann aber mit ihrer Ausbildung in den Dienst wesentlich besser bezahlender Warlords und Rauschgiftbarone. Sich für ein Polizistengehalt von rund 70 Euro im Monat in die Luft sprengen zu lassen, ist ein bisschen viel verlangt. Das kann man aber nicht Deutschland und nicht den deutschen Polizeiausbildern anlasten.

Ist ein Zivil-Aufbau ohne Polizei denkbar?



Wir wissen aus unseren Erfahrungen in Ex-Jugoslawien, dass sich die Menschen nach einem Krieg nach Recht und Gerechtigkeit sehnen, oft mehr, als nach einer regelmäßigen Stromversorgung.

Wieso melden sich so wenig Polizisten für den Afghanistan-Einsatz?

Es gibt derzeit Engpässe, weil das Kontingent aufgestockt werden soll. Polizist in einer derartigen Auslandsmission zu sein ist aber auch kein Zuckerschlecken und wird im Fall von Afghanistan immer lebensgefährlicher. Oft stellt sich die Frage, wie geht es nach Beendigung des Einsatzes zu Hause weiter? Ist die Versetzung oder die interessante Stelle weg? Es ist erstaunlich, wie viel Polizeibeamtinnen und -beamte zu einem solchen Auslandseinsatz aus Idealismus bereit sind, obwohl er persönliche Härten, Unbequemlichkeiten, Familienprobleme und Gefahren bedeutet.

Interview: Dieter Wonka

HINTERGRUND

Deutsches Engagement

Das deutsche Engagement in Afghanistan umfasst den Einsatz von Soldaten, Aufbauhilfe und humanitäre Unterstützung. Ein Überblick über die deutschen Aktivitäten:

Das Isaf-Mandat: Die „International Security Assistance Force“ soll die afghanische Regierung dabei unterstützen, die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Mehr als 3000 deutsche Soldaten sind derzeit unter dem Isaf-Kommando im Einsatz. In Kundus und Faisabad im Norden des Landes führt die Bundeswehr zwei regionale Wiederaufbauteams, in denen Zivilisten und Militär zusammenarbeiten. Bis zu 500 weitere Soldaten sind für den Tornado-Einsatz vorgesehen, der erstmals in einem Mandat mit der Isaf-Beteiligung zur Abstimmung stand.

Operation Enduring Freedom (OEF): Der US-geführte Einsatz zum Kampf gegen den Terrorismus umfasst für

Deutschland zum einen die umstrittene Beteiligung von bis zu 100 KSK-Elitesoldaten in Afghanistan, die allerdings offenbar seit geraumer Zeit nicht mehr angefordert wurden. Daneben ist die Bundeswehr innerhalb der OEF mit einer Fregatte am Horn von Afrika im Einsatz. Bis zu 1400 Soldaten können eingesetzt werden, tatsächlich sind es nur wenige hundert. Über eine Verlängerung soll der Bundestag voraussichtlich im November entscheiden.

Polizeiarbeit: Im April 2002 übernahm Deutschland die führende Rolle beim Aufbau der afghanischen Polizei. Seit Mitte Juni 2007 gehört das deutsche Polizeiprojektbüro zu EUPOL Afghanistan. Insgesamt wurden bisher knapp 5000 afghanische Polizisten ausgebildet und mehr als 14 000 fortgebildet. Jährlich investiert Deutschland rund zwölf Millionen Euro in den Polizeiaufbau. epd